

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Mehr als Honig – Bienen in Brandenburg fördern“ (Drucksache 5/7347)

Der Landtag stellt fest:

Bienen sind für unsere Natur und die Erzeugung von Nahrungsmitteln unverzichtbar. Ihr volkswirtschaftlicher Nutzen wird auf ca. zwei Milliarden Euro in Deutschland geschätzt. 99 % der Imker in Deutschland betreiben die Imkerei als ihr Hobby. In den vergangenen Jahren kam es wiederholt zu merklichen Bienensterben, deren Ursachen noch nicht mit Sicherheit bekannt sind. Ein großes Gesundheitsproblem für Bienenvölker stellt der Befall durch die Varroa-Milbe dar, deren Bekämpfung im Mittelpunkt weiterer Untersuchungen, Forschungen und Züchtung steht. Daher unterstützt das Land Projekte zur Bienenzucht und zu Bienenkrankheiten am Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V. jährlich mit rund 300.000 €. Durch weitere Fördermaßnahmen über die EU-HonigVO zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse, die Förderung des Landesverbandes Brandenburgischer Imker e.V. zur Bienenzucht, Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit und die Unterstützung der Darstellung der Bienenhaltung auf der BraLa ist es in Brandenburg gelungen, dass seit etwa 10 Jahren die Anzahl der Imker und der Bienenvölker wieder ansteigt. Der Landtag nimmt den Beschluss der EU-Kommission zur Kenntnis, dass zum Schutz von Bienen der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln aus der Gruppe der Neonikotinoide europaweit deutlich eingeschränkt wird.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a. das Gesamtförderkonzept zur Bienenhaltung vorrangig auf die Gewinnung und Nutzbarmachung neuer Erkenntnisse und Methoden zur Verbesserung der Bienenhaltung, insbesondere der Bienengesundheit, sowie zur Anpassung der imkerlichen Aktivitäten an sich ändernde Bedingungen auszurichten,
 - b. den Wissenstransfer an die Imker durch geeigneten Maßnahmen zu sichern,

- c. auch in der nächsten EU-Förderperiode Agrarumweltmaßnahmen und Fördermittel einzusetzen, um die Lebensbedingungen der Bienen weiter zu verbessern. Die Landesregierung wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Agrarförderung Programme, die zum Erhalt und der Stärkung von Bienenvölkern beitragen, zur Verfügung stehen. Es sollen weitere Anreize geschaffen werden, um wieder mehr junge Menschen für den Imkerberuf zu begeistern. Die Ausbildung von Bienensachverständigen ist zu prüfen.
 - d. sicherzustellen, dass Bienenschäden z.B. durch den Einsatz bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel vermieden werden und
 - e. sich an bundesweiten Untersuchungen und Monitorings zur weiteren Aufklärung der Ursachen von Bienensterben und besseren Bekämpfung von Bienenkrankheiten zu beteiligen.
2. Der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft wird gebeten, dem Fachausschuss im IV. Quartal 2013 über die Entwicklung der Bienenzucht, Fördermöglichkeiten aus Mitteln der EU, Ausbildung von Bienensachverständigen und die Gewinnung von Imkernachwuchs zu berichten.

Begründung:

Die Bienen sind aufgrund ihrer wichtigen Funktionen durch das Bundesnaturschutzgesetz und die Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt. Beim volkswirtschaftlichen Nutzen liegt die Honigbiene hinter dem Rind und dem Schwein auf Platz drei der wichtigsten Nutztiere in Deutschland. In Brandenburg ist erreicht worden, dass seit etwa 10 Jahren die Anzahl der Imker von 2.300 auf 3.500 und die Anzahl der Bienenvölker von 29.500 auf 38.900 gestiegen ist.

Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat in einer jüngsten Untersuchung herausgestellt, dass bestimmte Pflanzenschutzmittelwirkstoffe einen negativen Einfluss auf Bienen haben. Dabei handelt es sich um die Insektizidwirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam. Diese Chemikalien können den Orientierungssinn der Bienen derart stören, dass sie nicht zurück zu ihren Bienenstöcken finden. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hatte bereits 2009 die Zulassung der Neonikotinoide zur Saatgutbehandlung bei Mais und Getreide ausgesetzt und die Einfuhr, das Inverkehrbringen und die Aussaat von entsprechendem Saatgut verboten. Auch die Verwendung von neonikotinoidgebeiztem Rapssaatgut ist in Deutschland bereits seit 2011 nur unter strengen Auflagen zum Bienenschutz möglich.

Die Bundesregierung und die Länder fördern gemeinsam das „Deutsche Bienenmonitoring“, um die Ursachen für die periodisch auftretenden Winterverluste

zu klären. Die Untersuchungen sollen wirksamen Bekämpfungsmethoden u. a. gegen die Varroa-Milbe und die Ernährungssituation der Bienen klären.

Die Europäische Union, der Bund und das Land Brandenburg finanzieren Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse und fördern die Bienenzucht und –haltung.

Ralf Holzschuher
für die Fraktion der SPD

Christian Görke
für die Fraktion DIE LINKE